

Update 2/2009

Michael Kauch im Einsatz für das Ruhrgebiet

Kauch: Bei Koalitionsverhandlungen in Einsatz für Energie und Umwelt

Die neue Bundesregierung ist gewählt, der Koalitionsvertrag steht. Zehn Arbeitsgruppen hatten den Vertrag vorbereitet. Der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Michael Kauch leitete dabei die Arbeitsgruppe Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. In ihr wurden auch die Umwelt- und Energiefragen verhandelt, die für das Ruhrgebiet von herausragender Bedeutung sind.

Vereinbart wurden die Förderung innovativer Technologien gerade im Bereich der erneuerbaren Energien sowie die Rahmenbedingungen für die Zukunft der Kohleverstromung und der energieintensiven Industrie. Auch der Lärmschutz erhält durch Schwarz-Gelb neuen Schub - gerade für den Ballungsraum Ruhrgebiet ein wichtiges Thema. Hier werden Lärmgrenzwerte für Neubau und Sanierung von Fernstraßen und Schienenwegen verschärft.

In der Energiepolitik setzt die schwarz-gelbe Koalition klar auf erneuerbare Energien. So wird der Einspeisevorrang von Wind-, Sonnen- und Biomasse-Strom auch bei einer Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken erhalten bleiben. Neue Technologien für Elektroautos oder Brennstoffzellen-Antriebe, die auch im Ruhrgebiet entwickelt werden, bekommen hohe Priorität. Gleichzeitig wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Druck der FDP häufiger überprüft. Das nützt den Verbrauchern, die die Förderung schließlich zahlen.

Die Koalition hat weiter klargestellt, dass der Neubau hocheffizienter Kohlekraftwerke wie in Datteln möglich bleiben muss. Bei der Kohle soll insbesondere ein Rechtsrahmen für die CO₂-Abscheidetechnologie geschaffen werden.

Energieintensive Unternehmen wie z.B. das Aluminiumwerk in Essen sollen auch in Zukunft von der Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten ausgenommen bleiben. Eine reine Standortverlagerung ins Nicht-EU-Ausland soll damit verhindert werden. Zudem sollen Bürokratiekosten für Chemie-Unternehmen, wie sie z.B. in Marl ansässig sind, verringert werden.